

Hans-Wilm Schütte

Demokratie im Krebsgang?

Attentat, Präsidentenwahl und „Referendum“ 2004

Einen Erfolg jedenfalls konnten alle führenden Politiker Taiwans im März gemeinsam verbuchen: Die Inselrepublik stand über Tage im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit (wobei ein noch flüchtiger Missetäter half): erst ein Attentat auf den Präsidenten und die Vizepräsidentin (gescheitert), dann die Wiederwahl des Präsidenten (um Haarsbreite fast gescheitert), das so genannte Verteidigungsreferendum (gescheitert) und dann nicht enden wollende Proteste und politisches Tauziehen (noch unentschieden, aber zum Scheitern verurteilt). Es war spannend zu verfolgen. Aber was für ein Bild präsentierte Taiwan da? Am Ende gab es fast nur Verlierer:

- der Präsident, der mit der Volksabstimmung den Selbstbehauptungswillen der Taiwaner hatte demonstrieren wollen und dies zu seiner Herzensangelegenheit erklärt hatte, wichtiger für ihn als die Wiederwahl,
- das Zweiergespann der Herausforderer, die ihre Niederlage nicht eingestehen wollten, larmoyant Zeter und Mordio schrien und auf den Druck der Straße setzten,
- die öffentliche Ordnung, die in Taipei über Wochen gestört war und bewusst gestört wurde von zwei älteren Herren, den unterlegenen Kandidaten, die sich nicht ins drohende Ende ihrer politischen Karriere schicken mögen,
- das Vertrauen in das Funktionieren der Sicherheitsorgane, die das Attentat nicht verhinderten, gravierende Fehler beim Personenschutz einräumen mussten und Probleme hatten, den Tathergang zu rekonstruieren,
- Taiwans Demokratie, über deren Geist und deren Spielregeln sich die Beteiligten mal hier, mal da in populistischem Überschwang nach Gusto hinwegsetzten
- und schließlich Taiwans Ansehen in der Welt: Viel wird von der Republik gewöhnlich wohl nicht wahrgenommen, jetzt jedenfalls hinterließen das Attentat, der Streit um angeblichen Wahlbetrug und die teils gewaltsamen Auseinandersetzungen nach der Wahl den Eindruck von einem Land ohne Sicherheit, ohne Respekt vor Spielregeln, einem Land mit chaotischen Zuständen, einer Demokratie auf tönernen Füßen.

Die folgende Darstellung wird überprüfen, inwiefern dieser Eindruck zu Recht besteht. Sie rekapituliert das Ergebnis der Wahl und der Abstimmungen, das Attentatgeschehen, das Taktieren der Wahlverlierer, analysiert das Abstimmungsverhalten und fragt am Schluss, was die Ära Chen Shui-bian bislang gebracht hat und wie es mit Taiwans Demokratie weitergehen wird.

Die Ergebnisse des Urnengangs

Präsidentenwahl

Anders als vor vier Jahren, als sich fünf Personen um das höchste Staatsamt bewarben, stand diesmal von vornherein eine Stichwahl an. Es kandidierten Amtsinhaber Chen Shui-bian von der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei DPP (deren Vorsitzender er ist) und Lien Chan (Lian Zhan) als Vorsitzender der Nationalen Volkspartei Kuomintang (KMT, Guomindang), der größten Oppositionspartei. Mit ihnen stellten sich für das Amt des Vizepräsidenten zur Wahl: Annette Lü (Lü Xiulian, DPP, Amtsinhaberin) bzw. James Soong (Song Chuyu) von der zweitgrößten Oppositionspartei, der mit der KMT verbündeten People First Party, PFP. Jeder Wahlberechtigte hatte eine Stimme, jeweils für den Präsidenten- und den zugehörigen Vizepräsidentenkandidaten gemeinsam. Das amtliche Endergebnis lautete wie folgt:

	absolut	Anteil (%)
Wahlberechtigte	16.507.179	
abgegebene Stimmen	13.251.719	80,28
davon ungültig	337.297	2,55
für Chen und Lü	6.471.970	50,11
für Lien und Soong	6.442.452	49,89

Quelle: www.gio.gov.tw/elect2004.

Damit waren die Amtsinhaber mit einem hauchdünnen Vorsprung von nur 29.518 Stimmen (entsprechend 0,23 Prozentpunkten) wieder gewählt worden, konnten aber die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen.

Die Veränderungen gegenüber der letzten Wahl waren wie folgt (Angaben in Prozent):

	2000	2004
Wahlbeteiligung	82,69	80,27
Anteil Chen und Lü	39,31	50,11
Anteil Soong	36,84	-
Anteil Lien	23,10	-
Anteil Lien und Soong (2000: nur rechnerisch)	59,94	49,89

Quelle: Für 2004 s. www.gio.gov.tw/elect2004, für 2000 vgl. C.a., 2000/3, S.279.

Demnach erzielten die Amtsinhaber ein Plus beim Stimmenanteil in Höhe von 10,8 Prozentpunkten, während die Herausforderer im rechnerischen Vergleich 10,05 Prozentpunkte verloren (Differenz: Anteile anderer Kandidaten im Jahr 2000).

Entgegen der Meinung, die die Verlierer verbreiteten, ist nicht damit zu rechnen, dass eine eventuelle Neuaus-

zählung der Stimmen das Ergebnis noch wesentlich verändern wird – siehe hierzu die weitere Darstellung.

Referendum

Dem Volk wurden auf Initiative des Präsidenten und unter Berufung auf § 17 des Referendumsgesetzes folgende zwei Fragen vorgelegt, über die getrennt abzustimmen war:

1. „Die Bevölkerung Taiwans fordert, dass die Angelegenheiten bezüglich der Taiwan-Straße durch friedliche Mittel gelöst werden. Sollte Festlandchina sich weigern, die Raketen, die es auf Taiwan gerichtet hat, abzuziehen, und offen zu erklären, dass es auf die Anwendung von Gewalt gegen uns verzichtet, wären Sie in diesem Fall der Ansicht, dass die Regierung fortgeschrittenere Raketenabwehrwaffen erwerben sollte, um die Verteidigungsfähigkeit Taiwans zu erhöhen?“
2. „Sind Sie der Ansicht, dass unsere Regierung in Verhandlungen mit Festlandchina eintreten sollte, um einen Rahmen für 'Frieden und Stabilität' zu schaffen, auf dessen Grundlage wechselseitige Aktionen zur Konsensbildung zum Wohl der Bevölkerung auf beiden Seiten stattfinden können?“

Das Ergebnis der Abstimmung sah wie folgt aus:

	absolut	Anteil (%)
Abstimmungsberechtigt	16.497.746	
Frage 1:		
abgegebene Stimmen	7.452.340	45,17
davon gültig	7.092.629	
davon mit „ja“	6.511.216	91,80
Frage 2:		
abgegebene Stimmen	7.444.148	45,12
davon gültig	6.865.574	
davon mit „ja“	6.319.663	92,05

Quelle: Offizielle Mitteilung der Zentralen Wahlkommission, s. www.cec.gov.tw/hotnews/File/1/0930326-2.pdf.

Bei beiden Fragen wurde also das gesetzliche Quorum von mindestens 50% Abstimmungsbeteiligung verfehlt; das Referendum ist damit ungültig. Es erstaunt ein wenig, dass die Zentrale Wahlkommission trotzdem von „gültigen“ Stimmen spricht und die Zahl der Ja- und Neinstimmen in ihre offizielle Ergebnismitteilung aufnahm. Nachvollziehbar ist lediglich folgende (hypothetische) Argumentation: Würde man alle zum 50%-Quorum fehlenden Stimmen als Neinstimmen werten, hätte gleichwohl eine Mehrheit bei beiden Fragen mit „ja“ gestimmt.

Die Reaktionen

Reaktionen auf das Scheitern des Referendums

Die Bewertung des gescheiterten Referendums ging in den hitzigen Auseinandersetzungen, die auf die Bekanntgabe des Wahlergebnisses folgten und Taiwan wochenlang in Atem hielten, praktisch unter. Außer dem Präsidenten selbst kümmerte sich niemand mehr darum, erstaunlich angesichts der Tatsache, mit welcher Verve zuvor darüber

debattiert worden war und wie sehr die Opposition dagegen gekämpft hatte. Nun hatte ihr Boykottaufruf offenbar gefruchtet, aber es schien, als sei gar nichts geschehen.

Der Präsident allerdings versuchte, das Scheitern zum Sieg umzuloben: Das Referendum habe Taiwans Demokratie einen größeren Schritt vorgebracht, erklärte er, da es aber die erste Volksbefragung gewesen sei, hätten leider einige in Taiwan deren Bedeutung nicht verstanden. Auf jeden Fall wolle man auf die Stimme des Volkes hören und – gemäß Referendumsfrage eins – die Verteidigungsanstrengungen erhöhen sowie – gemäß Frage zwei – Friedensverhandlungen mit China aufnehmen. Alles klang, als sei das Referendum gar nicht gescheitert.¹ In einem Interview mit der *Washington Post* erklärte Chen ein paar Tage später, das Referendum sei „kein Flop“, denn „die Zahl der Referendumsvoten überstieg die Zahl der für mich bei der Präsidentschaftswahl abgegebenen Stimmen bei weitem“. In der Tat antworteten auf die erste Frage 40.000 Abstimmungsberechtigte mehr mit „ja“, als Chen Stimmen erhielt; für die zweite Frage allerdings galt dies nicht.² Diese Definition von „doch noch ein Erfolg“ ist angesichts des Scheiterns der Abstimmung etwas eigenwillig und entspricht jedenfalls nicht dem Gesetz.

Reaktionen auf die Wiederwahl Präsident Chens

Noch am Abend des Wahltags (20.3.) – kaum war das Wahlergebnis bekannt – fuhren die Verlierer großes Geschütz auf. Weit davon entfernt, seine Niederlage einzugestehen, erklärte Lien Chan, die Stimmabgabe sei „in eine Wolke suspekter Umstände gehüllt“, darunter das Attentat, für das „so weit keine Erklärung geliefert wurde, überhaupt keine“. Daher werde man vor Gericht gehen, um die Wahl für ungültig erklären zu lassen. Außerdem müsse die Zentrale Wahlkommission sofort alle Wahlurnen versiegeln lassen. James Soong sekundierte: Die Wahl sei „unfair“ gewesen. Man wolle „die Welt in Kenntnis setzen über Chen Sui-bians Betrügereien während der heutigen Wahl“.³

KMT-Generalsekretär Lin Feng-cheng (Lin Feng-zheng) stellte noch am selben Abend beim obersten Gerichtshof zwei Anträge. Der erste forderte, das Wahlergebnis zu annullieren, der zweite, die Urnen zu versiegeln und eine Neuauszählung zu veranlassen. Der oberste Gerichtshof reichte die Sache im zweiten Punkt an die Distriktgerichte weiter und überließ zunächst denen die Entscheidung, was mit den Urnen zu geschehen habe.⁴

In der Nacht zum Sonntag kam es zu ersten öffentlichen Demonstrationen. Gewaltsame Zusammenstöße von Oppositionsanhängern mit der Polizei wurden aus Kaohsiung (Gaoxiong) und Taichung (Taizhong) gemeldet, wo die Protestierenden Absperrungen niederrissen und versuchten, in die Amtsräume der Staatsanwaltschaft einzudringen; dabei heizten einzelne Oppositionsparlamentarier die Stimmung noch an.⁵ In Kaohsiung sowie in Chiayi

¹TT, 20.3.2004.

²CNAT, nach BBC PF, 30.3.2004.

³Textmitschnitt von China Television Company, Taipei, nach BBC PF, 20.3.2004.

⁴CNAT, nach BBC PF, 21.3.2004.

⁵TT, 22.3.2004; NZZ, 22.3.2004.

(Jiayi) beschlossen die Gerichte schon am Sonntagmorgen, die Wahlurnen sicherzustellen.⁶ Bereits am Vorabend hatten die großen Demonstrationen am schwer bewachten Präsidentenpalast in Taipei begonnen. Sowohl Lien als auch Soong beteiligten sich dort an einem nächtlichen Sit-in.

Früh am Sonntag zog der oberste Gerichtshof die Sache wieder an sich und beschloss gemäß Absatz 104 des Wahlgesetzes, alle Wahlurnen versiegeln zu lassen und die Wählerlisten sicherzustellen. Die Demonstrationen in Taipei dauerten jedoch an, wobei vor allem Verschwörungstheorien hinsichtlich des Attentats die allgemeine Empörung am Kochen hielten. Lien Chan stellte seine Forderung auf, das Attentat von einer „unabhängigen Kommission“ aus einheimischen und ausländischen Experten untersuchen zu lassen.⁷

Am Montag (22.3.) gab der oberste Gerichtshof bekannt, eine Entscheidung hinsichtlich der zwei Anträge sei innerhalb der nächsten sechs Monate zu erwarten, allerdings dürfe man damit rechnen, dass es schneller gehe.⁸ In Taipei protestierten weiterhin mehrere zehntausend Menschen auf dem Ketagalan-Boulevard vor dem Präsidentenpalast – im Grunde an der falschen Adresse, denn für eine Neuauszählung oder gar eine Annullierung der Wahl besitzt die Regierung nicht die gesetzliche Kompetenz. Um den Verschwörungstheorien hinsichtlich des Attentats entgegenzutreten, gab das Krankenhaus in Tainan mit Zustimmung des Präsidenten Fotografien frei, die Chen dort auf dem Behandlungstisch liegend zeigen.⁹ Damit war den Verschwörungsfantasien zwar weitgehend der Nährboden entzogen, das hinderte aber nicht, das sie weiterhin gepflegt wurden.

Ohnehin gaben sich Präsident und Opposition gegenüber den ehrenrührigen, sachlich kaum begründeten Anwürfen großmütig. Zum einen riet man den eigenen Anhängern von Gegendemonstrationen ab – der Wunsch wurde durchgehend befolgt –, zum Zweiten kam man dem Wunsch der Opposition nach Neuauszählung der Stimmen entgegen: Um das Verfahren zu beschleunigen solle das Parlament, so der Vorschlag, ein Gesetz verabschieden, das es der Exekutive bei einer Stimmendifferenz von weniger als einem Prozentpunkt ermögliche, auf Antrag der unterlegenen Kandidaten eine Neuauszählung zu veranlassen – bislang ist dies ausschließlich Sache der Gerichte bzw. der Staatsanwaltschaft. Die Gesetzesergänzung solle auch rückwirkend für die eben gelaufene Wahl gelten. Am Dienstag (22.3.) erklärte Präsident Chen, er befürworte eine vollständige Neuauszählung. Erstaunlicherweise lehnte die Opposition die Gesetzesänderung ab, da die Regierung angeblich eine Hinhaltetaktik verfolge.¹⁰ Sie verlangte vom Präsidenten vielmehr, er müsse die sofortige Nachzählung durch eine Notverordnung ermöglichen.¹¹ Innerhalb der Opposition gab es hierzu unterschiedliche Ansichten, wobei die „Falken“ verlangten, die neuerliche Auszählung müsse durch andere Personen erfolgen als die

erste, und diese dürften nicht parteiisch sein; daher sei eine Gesetzesergänzung abzulehnen, bei der die Wahlkommission lediglich ihre vorherige Zählung wiederholen würde.¹² Zwei Tage später wollte die Opposition dann doch eine Wahlgesetznovelle, allerdings mit einem rückwirkend gültigen Passus, wonach eine Präsidentenwahl zu verschieben sei, wenn ein Kandidat innerhalb von sieben Tagen vor dem Wahltermin verletzt wird oder stirbt. Damit wäre eine völlige Neuwahl fällig gewesen. Aus der Regierungsfraktion kam daraufhin der ironisch gemeinte Vorschlag, die Oppositionsparteien, die im Parlament über die Stimmenmehrheit verfügen, sollten doch gleich gesetzlich bestimmen: „Wahlsieger 2004 sind Lien Chan und James Soong.“¹³

Am 24. März wies das Gericht die von der Opposition eingereichten Klagen zurück. Diese könnten laut Gesetz nur innerhalb einer Frist berücksichtigt werden, die mit der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses beginne, und die sei noch nicht erfolgt. Sie geschah am 26. März, woraufhin die Opposition ihren Antrag auf Neuauszählung erneut vorbrachte, den auf Annullierung des Wahlergebnisses jedoch zurückstellte.¹⁴ Protestierer drangen an diesem Tag gewaltsam in die Räumlichkeiten der Zentralen Wahlkommission ein und rissen dort den betreffenden Aushang ab.¹⁵ Am 27. machte die Opposition erneut mit einer Großkundgebung am Präsidentenpalast Druck – dieses Mal nicht spontan, sondern wohl organisiert: 3.600 Reisebusse schafften insgesamt 320.000 Teilnehmer heran, um die Klage über unfaire Wahlen zu wiederholen.¹⁶ Erneut brachte dies Ma Ying-jeou (Ma Ying-jiu) in Bedrängnis: Der Wahlkampfleiter von Lien Chan ist als Bürgermeister von Taipei für die öffentliche Ordnung in der Hauptstadt verantwortlich. Er hatte schon bei den vorangegangenen Kundgebungen Strenge demonstriert, sehr zum Unwillen vieler KMT-Parteigenossen. In seiner Kampfesrede an die versammelten Massen wiederholte Lien Chan seine Vorwürfe, die entweder längst entkräftet oder per se kraftlos – weil sachfremd – waren:

- Die DPP habe nach dem Attentat über „ihre publizistischen Mittel“ und „illegale Radiosender“ die Lüge verbreitet, die KMT und die PFP hätten mit der Kommunistischen Partei Chinas ein Mordkomplott gegen Präsident Chen geschmiedet,
- wegen der Schüsse und der dadurch ausgelösten höheren nationalen Sicherheitsstufe seien „Tausende von Soldaten und Polizisten“ daran gehindert gewesen, ihr Wahlrecht wahrzunehmen,
- es habe dreimal so viele ungültige Stimmen wie bei der letzten Wahl gegeben,
- es seien mehr als tausend Unregelmäßigkeiten bei der Wahl dokumentiert, darunter, dass Personen zwei Stimmzettel erhielten, Wählerlisten fehlerhaft waren und Fehler beim Auszählen passierten.

Verhielt sich schon Lien mit seiner auf populistische Wirkung angelegten Rhetorik unverantwortlich, so galt

⁶CNAT, nach BBC PF, 20.3.2004 [21.3. nach Ortszeit].

⁷ST, 22.3.2004.

⁸TT, 22.3.2004.

⁹CNAT, nach BBC PF, 21.3.2004; TT, 22.3.2004; FAZ, 23.3.2004.

¹⁰TT, 24.3.2004; *Taiwan News*, nach TH, 24.3.2004; FAZ, 24.3.2004

¹¹CNAT, nach BBC PF, 25.4.2004.

¹²CNAT, nach BBC PF, 26.4.2004.

¹³TT, 26.3.2004; SCMP, nach BBC PF, 26.3.2004.

¹⁴TT, 25.3., 26.3.2004; *Taiwan News*, nach TH, 29.3.2004; SCMP, 30.3.2004.

¹⁵TT, 27.3.2004; ST, 27.3.2004.

¹⁶CNAT, nach BBC PF, 27.3.2004.

dies erst recht für einige andere Oppositionspolitiker. Ein PFP-Parlamentarier beispielsweise rief dazu auf, „die Festungen zu stürmen“: Die Demonstranten sollten die Barrikaden vor dem Präsidentenpalast durchbrechen. Nur offener Konflikt könne Präsident Chen Angst machen, und: „Wer an sein Image denkt, bringt keine Revolution zustande.“¹⁷ Es schien, als gelte es, einen Diktator zu stürzen.

Die Kundgebung wurde in der Nacht zum Sonntag von speziellen Polizeikräften aufgelöst; die Aktion dauerte bis in den frühen Morgen.

Am 29. März einigten sich Vertreter des Präsidenten und der Oppositionsparteien darauf, eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Attentats zu berufen. Am 31. März unterzeichneten Chen Shui-bian und Annette Lü Schreiben an das Oberste Gericht, in dem sie ihre Zustimmung zu einer Neuauszählung betonten.

Mehr als eine Woche nach der Wahl schien sich damit endlich ein Ende der fruchtlosen und einseitig von der Opposition geschürten Konfrontation anzudeuten. Allerdings kam es im April erneut zu Massenprotesten in der Hauptstadt.

So weit diese ungefähre Chronologie, die an dieser Stelle abgebrochen wird. Nur so viel sei vorausgeschickt, dass sich bis Mitte April eine Neuauszählung für Mitte Mai abzeichnete – also erst unmittelbar vor Beginn der neuen Präsidentschaft.

Da eine genauere Analyse der Ereignisse weiter unten vorgenommen wird, sei an dieser Stelle zunächst nur einiges zusammengefasst: Die Zeit seit Bekanntgabe des Wahlergebnisses am Abend des Wahltages war auf Seiten der KMT und der PFP nicht nur von dem dezidierten Unwillen geprägt, eine Niederlage anzuerkennen, sondern nachgerade von Hysterie, vor allem von Massenhysterie, die von den unterlegenen Kandidaten sowie von etlichen Parlamentariern – namentlich der PFP – geschürt und am Leben gehalten wurde, und zwar auch dann noch, als die anfänglichen Irritationen über bestimmte Vorgänge im Zusammenhang mit der Wahl – Attentat, viele ungültige Stimmen usw. – längst ausgeräumt bzw. als unberechtigt erkannt worden waren. Dabei dominierte strategische und taktische Kopflösigkeit, wie der chaotische Mix aus Maßnahmen bezeugt, die die Verlierer teils forderten, teils planten, teils ergriffen: Notverordnung durch den Präsidenten zwecks Neuauszählung, Klage auf Neuauszählung durch Unabhängige, Klage auf Annullierung des Wahlergebnisses durch den obersten Gerichtshof zwecks Neuwahlen, Gesetzgebung für rückwirkende Neuwahlen, Ablehnung einer rückwirkenden Gesetzesänderung zur Neuauszählung. Symptomatisch für den Aktionismus wurde, dass man beim Gericht bereits Klage erhob, ehe überhaupt das amtliche Endergebnis vorlag, und dass man anschließend eine der zwei Klagen gleich wieder fallen ließ.

Dagegen Präsident, Regierung und Regierungspartei: ruhig, besonnen, betont sachlich, ohne Übermut. Gewiss: Als Wahlgewinner konnten sie es sich leisten. Aber sie taten mehr: Sie machten konstruktive Vorschläge, was sie nicht hätte machen müssen, sie hielten ihre Anhänger von Gegendemonstrationen ab, was für ihr Verantwortungsbeusstsein spricht.

Auch in der Opposition, zumindest in der KMT, gab

es mächtigende Stimmen: Bürgermeister Ma Ying-jeou etwa und Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping), aber sie konnten sich nicht durchsetzen – noch nicht. Tatsächlich profilierten sie sich auf diese Weise und empfahlen sich als nächste Führungsgeneration. Von ihnen wird noch zu reden sein.

Wie Chen Shui-bian die Wahl gewann

KMT und PFP hatten sich Hoffnung auf einen Sieg mit deutlichem Vorsprung gemacht, wobei allerdings offen bleibt, ob sie ihre Rechnung – die man auf Deutsch auch gern als die eines Milchmädchens bezeichnen mag – selbst geglaubt haben. Sie sah so aus: Bei der letzten Wahl vor vier Jahren betrug der Stimmanteil des Kandidaten Lien Chan: 23,1%, der des Kandidaten James Soong: 36,84%, Summe: 59,94%, davon abzuziehen der Anteil der TSU-Stimmen (mit der DPP verbündete Anhänger des ehemaligen KMT-Vorsitzenden Lee Teng-hui) bei der letzten Parlamentswahl: 7,8%, ergibt für das Wahlbündnis Lien/Soong rund 52%, für den DPP-Kandidaten Chen 48%, mithin eine nicht üppige, aber ausreichende Mehrheit für die Herausforderer.¹⁸ Der wichtigste Rechenfehler dabei: Für den Präsidentenposten kandidierte nicht Soong, der seinerzeit Chen Shui-bian nur knapp unterlegen war (Differenz der Stimmanteile: 2,47 Prozentpunkte), sondern der Drittplatzierte Lien, der es nicht einmal auf ein Viertel aller Stimmen gebracht hatte. Da die KMT die größere Fraktion stellt – und die finanzstärkere Partei ist – wurde also das schwächere Pferd ins Rennen geschickt, und das stärkere hatte hinterdrein zu traben. Wenn hier etwas überrascht, dann allenfalls, wie gut sich Lien dann doch geschlagen hat: Nur rund zwei Prozentpunkte blieb er unter der Zielmarke. Aber selbst im umgekehrten Fall – mit Soong als Präsidentschaftskandidat – hätte es womöglich nicht gereicht, denn noch andere Faktoren waren wirksam, angefangen von langfristigen Trends, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, über den Wahlkampf bis hin zu dem extrem kurzfristigen Mitleidseffekt, den das Attentat auf den Präsidenten und seine Mitstreiterin Lü hervorrief und den die Verlierer als eine Hauptursache für ihre Niederlage darzustellen versuchten.

Im Folgenden werden die wichtigsten wahlentscheidenden Faktoren sowie die wichtigsten Vorwürfe der Opposition, was eine Verfälschung des „wahren“ Wahlergebnisses angeht, der Reihe nach beleuchtet und am Schluss erörtert, was von den Vorwürfen der Verlierer hinsichtlich Manipulation usw. überhaupt zu halten ist.

¹⁷ST, 27.3.2004.

¹⁸ST, 27.3.2004.

a) Langfristiger Trend pro DPP bzw. grünem Lager

Politische Lager: nationale Wahlergebnisse seit 1989.
Angaben in % der gültigen Stimmen.

Jahr	Art	KMT-Lager*	DPP-Lager**	Verhältnis Sp.3/Sp.4
1989	Legislativ-Yuan	60,10	28,20	2,13
1991	Nationalvers.	71,17	23,94	2,97
1992	Legislativ-Yuan	61,67	36,09	1,71
1995	Legislativ-Yuan	59,02	33,17	1,78
1996	Präsident	54,00	21,13	2,56
1996	Nationalvers.	63,35	29,93	2,12
1998	Legislativ-Yuan	53,49	29,56	1,81
2000	Präsident	59,94	39,31	1,52
2001	Legislativ-Yuan	54,48	45,07	1,21
2004	Präsident	49,89	50,11	1,00

Anmerkungen: Stimmen für unabhängige Kandidaten und Anteile von unter 1% wurden nicht berücksichtigt.

* Kuomintang bzw. Kuomintang-Kandidat, ab 1995-1998 und 2001 zuzüglich des New-Party-Stimmanteils, 2000 zuzüglich der auf James Soong entfallenden Stimmen, 2001 zuzüglich des Stimmanteils der People First Party.

** Demokratische Fortschrittspartei bzw. deren Kandidat, für 2001 zuzüglich des Stimmanteils der Union für Taiwan-Solidarität (TSU).

Quelle: Government Information Office (www.gio.gov.tw) und Zentrale Wahlkommission (<http://210.69.23.140/cec/cehead.asp>).

Die Tabelle lässt einen seit 1996 kontinuierlich zu verfolgenden Trend erkennen, demzufolge die relative Stärke des „blauen“ Lagers in Relation zur DPP und ihren Verbündeten abnimmt: Erzielte die KMT samt den von ihr abgesplitterten Parteien 1969 noch mehr als doppelt so viele Stimmen wie die DPP, sank dieser Wert in den nachfolgenden drei Wahlen in Schritten von jeweils etwa 0,3 ab (s. rechte Spalte), sodass das blaue Lager bei den letzten Wahlen zum Legislativ-Yuan am Ende nur noch das 1,21fache der „Grünen“ (DPP plus TSU) erreichte. Das weitere Absinken auf den Wert 1,0 (bzw. in dritter Stelle nach dem Komma geringfügig darunter) setzt diesen Trend ungebrochen fort.

Für die letzten drei Wahlen (2000, 2001, 2004) gilt eine solche Tendenz auch im Vergleich mit den Zahlen vor 1996 – bei der damaligen Präsidentschaftswahl dominierte mit der Gestalt Lee Teng-huis der persönliche Faktor. (Die Wahlen zur Nationalversammlung fanden damals übrigens gleichzeitig statt.) Seit 1998 kommen KMT und Verbündete in der Summe nur noch auf unter 60% Stimmanteil, während sie vorher mehrfach darüber lagen. Konnte die DPP vom allmählichen Schwächerwerden des KMT-Lagers zunächst nicht profitieren, änderte sich dies mit dem Machtwechsel an der Staatsspitze im Jahr 2000 und der vorangegangenen politischen Neuorientierung, die die DPP für größere Bevölkerungskreise außerhalb der tradi-

tionellen Pro-Unabhängigkeits-Klientel wählbar machte. Begünstigt wurde der Prozess durch den weiteren Zerfall der KMT, die sich nach dem Rauswurf von James Soong und der PFP-Gründung einer Konkurrenz im eigenen Lager gegenüber sah, die stärker war als die vorher abgespaltene NP. Der Trend zugunsten der DPP bestätigte sich schließlich überraschend eindrucksvoll bei den Parlamentswahlen im Dezember 2001, als die Regierungspartei erstmals die stärkste Fraktion stellen konnte.

Ein wesentlicher Faktor für diesen Pro-DPP-Trend rührt von den politischen Sympathien der Jung- und Nichtwähler her. Schon bei der letzten Wahl kam von dieser Altersgruppe der meiste Zulauf und die größte Unterstützung für „Ah-bian“ – so der speziell bei jungen Leuten damals äußerst populäre Kosenamen für den Präsidenten. Die Begeisterung von damals ist zwar verfliegen und viele der jungen „Ah-bian“-Wähler des Jahres 2000 sind heute vom Präsidenten enttäuscht, aber die Alternative – die mittlerweile noch älter gewordenen alten Herren von damals – kamen noch viel weniger in Frage. (Die sehr gründlich Enttäuschten formierten sich zur „Allianz für eine Million ungültiger Stimmen“.) Präsident Chen ist Jahrgang 1951, mithin heute 53, Lien Chan dagegen Jahrgang 1936; er würde in der kommenden Amtsperiode die Siebzig überschreiten. Bei den Vizepräsidentschaftskandidaten war der Unterschied weniger stark, aber gleicher Natur: Annette Lü (Jahrgang 1944) ist zwei Jahre jünger als James Soong. Wichtiger als die Geburtsjahrgänge der Kandidaten ist freilich, dass die Jungwähler eine stärkere Taiwanidentität besitzen als die ältere Generation. Der Umfrage eines Fernsehsenders zufolge sehen sich 60 Prozent der heute Dreizehn- bis Zweiundzwanzigjährigen nur noch als Taiwaner und nicht mehr als Chinesen gegenüber 43 Prozent im Durchschnitt der Bevölkerung.¹⁹ Diese Einstellung hat in der DPP ihre langjährige politische Heimat, während sich die KMT dieser Position erst im Zuge des Wahlkampfes angenähert hat.

b) Der Wahlkampf und die letzten Wahlprognosen

Bis fünf, sechs Monate vor der Wahl sah alles danach aus, dass sich Präsident Chen im Wahlkampf in der Position des Verteidigers befinden würde. Zu offensichtlich waren die Schwächen seiner Politik und das Nichterreichen erklärter Ziele: Die Wirtschaft lahmte, die Wiederbelebung des Dialogs mit China war nicht gelungen, die von der Wirtschaft mit Nachdruck geforderte Öffnung direkter Verkehrsverbindungen mit dem Festland immer wieder versprochen worden, aber in immer ungewissere Ferne gerückt. Die Meinungsumfragen ergaben ein entsprechendes Bild. Das Ansehen des Präsidenten war ramponiert.

Dann, ab Ende September, kam die Wende. Von nun an setzte Präsident Chen auf die Themen, seine Themen, in denen es um Demokratie und Taiwanbewusstsein ging. Es begann mit dem Vorschlag, Taiwan eine völlig neue Verfassung zu geben.²⁰ Chen weckte damit nicht nur einiges Aufsehen, sondern entfachte eine Debatte um die

¹⁹FT, 8.3.2004, S.2; zur Gesamtbevölkerung s. das Material des Election Study Center unter www2.nccu.edu.tw/~s00/eng/?data/?PoliticalAttitude02.htm, Aufruf am 7.4.2004.

²⁰Vgl. C.a., 2003/9, Ü 33.

Zukunft Taiwans und seines demokratischen Systems, der sich auch Herausforderer Lien zu stellen hatte. Nach anfänglicher Ablehnung des Plans drehte er sich um 180 Grad und erklärte, selbst Vorschläge für eine Verfassungsrevision vorlegen zu wollen, und versuchte ab Mitte November, Chen mit einem noch ehrgeizigeren Zeitplan auszustechen.²¹

Das zweite große Thema, mit dem Chen den Wahlkampf bis zum Schluss prägte, war die militärische Bedrohung des Landes durch China. Auch hierbei hatte die Opposition geschlafen. Nachdem der Legislativ-Yuan (Taiwans Parlament) Ende November ein Referendumsgesetz verabschiedet hatte – auch dies letztlich ein Verdienst der Regierungspartei, die dies seit Jahren gefordert hatte –, nutzte der Präsident die Gelegenheit, mittels einer Volksabstimmung nicht nur landesweit die Pro-Taiwan-Kräfte für seine Politik zu mobilisieren, sondern auch die weltweite Aufmerksamkeit auf die einseitige Bedrohung Taiwans durch chinesische Raketen zu lenken. Die Opposition unter einem erkennbar führungsschwachen Lien Chan reagierte konfus und brauchte Wochen, um sich auf eine politische Linie in der Referendumsfrage zu einigen.²² Am Ende hatte sie mit ihrem Boykottaufruf zwar Erfolg, aber sachlich war ihr zu dem Thema wenig eingefallen – im Gegenteil: Lien Chans Vorschlag, eine entmilitarisierte Zone einzurichten, ging auf Überlegungen aus dem Verteidigungsministerium zurück und war, wie er sie präsentierte, stark von Wunschenken geprägt.²³ Dem „grünen“ Lager gelang bei diesem Thema ein weiterer Erfolg mit der Menschenkette am symbolträchtigen 28. Februar, der zu so etwas wie einem inoffiziellen Nationalfeiertag des Taiwanbewusstseins geworden ist. Das Gute daran – aus Sicht der „Grünen“ –: Die Veranstaltung hatte zwar eine Wahlkampffunktion und stärkte das „grüne“ Lager, trat aber als nationale, gesamt taiwanische Manifestation in Erscheinung.

Als drittes kam der Themenkreis „politische Korruption“ hinzu, bekannt als „schwarzes Gold“: Die einst allmächtige KMT hat hieran weiterhin schwer zu tragen und geriet immer wieder in die Defensive.²⁴ Im März freilich hatte auch Chen Shui-bian seinen Skandal, als die First Lady Wu Shuchen (Wu Shuzhen) zugeben musste, meldepflichtige Börsentransaktionen nicht angegeben zu haben. Präsident Chen drohte daraufhin eine Strafe in Höhe von 300.000 NT\$ (ca. 7.700 Euro).²⁵ Zudem geriet Wu in den Verdacht, Insiderhandel betrieben zu haben.

Überhaupt waren die letzten Wochen vor der Wahl die einzigen, in denen die Opposition noch einmal zu alter Stärke zurückfand. Manifest wurde dies am 13. März, als nahezu drei Millionen KMT- und PFP-Anhänger zu gigantischen Wahlkampfveranstaltungen in 25 Städten und Kreisen zusammenströmten – es war der Höhepunkt im Wahlkampf der Opposition.²⁶ Aber auch hier zeigte sich, dass KMT und PFP nur den Themen hinterherliefen, die die DPP gesetzt hatte: Die Massenveranstaltungen vom 13. März sollten als Demonstrationen gegen „schwarzes

Gold“ verstanden werden, aber von politischer Korruption sind und waren die Veranstalter selbst in erster Linie betroffen, daher wirkten sie mit diesem Thema alles andere als überzeugend. Sowohl Lien Chan als auch James Soong fielen an diesem Tag nieder, um den Boden Taiwans zu küssen und so ihre Liebe zu Taiwan auszudrücken. Einem Pressebericht zufolge, fand die Kusszene beim Fernsehpublikum großen Anklang.²⁷ Tatsache allerdings ist, dass das taiwanische Nationalbewusstsein von jeher bei der DPP zu Hause ist, dessen Kandidat solche dramatischen Gesten nicht nötig hatte.

Die Opposition war nur in *einem* Thema mehr zu Haus als der Amtsinhaber: in Fragen der Ökonomie. Mit schlechten Wachstumsraten und hoher Erwerbslosenquote hoffte sie, die Regierung als inkompetent hinstellen und sich selbst als Retter empfehlen zu können. Das hätte klappen können, wenn nicht die Entwicklung anders verlaufen wäre: Die ersten Monate des Jahres präsentierten sich mit glänzenden Zahlen und noch besseren Prognosen.²⁸ Die Börse tat ein Übriges: Taiwans Aktienbarometer Taiex schloss am 4. März erstmals seit Herbst 2000 wieder bei über 7.000 Punkten.

Wer ging als Sieger aus dem Wahlkampf hervor, wenn man die anderen Faktoren einmal auszublenden versucht, die zum Wahlsieg des Präsidenten beitrugen? Das dem Amtsinhaber gelang, den Herausforderern seine Themen aufzuzwingen, ist eindeutig, ebenso, dass er es schaffte, den anfänglichen Rückstand in der Wählergunst rasch – bis November 2003 – aufzuholen. Erst kurz vor der Wahl gelang es Lien Chan, mit den Massenkundgebungen und dem Schuldeingeständnis der First Lady bei ihren Börsengeschäften noch einmal zu punkten.

An dieser Stelle mag es angezeigt sein, einen Blick auf die letzten Wahlprognosen zu werfen (Angaben in Prozent):

Dat.	Umfrage durch ...	Chen/ Lü	Lien/ Soong	Unentsch.	Diff. Sp. 3-4
1.3.	<i>China Times</i>	39,8	38,1	22,1	1,7
4.3.	Shih Hsin University	37,6	42,6	19,8	-5,0
4.3.	Focus Survey Research	40,4	39,5	20,1	0,9
7.3.	<i>United Daily News</i>	38,0	41,0	21,0	-3,0
7.3.	SET TV	38,3	36,7	25,0	1,6
8.3.	TVBS	36,0	40,0	24,0	-4,0
	Durchschnitt				-1,3

Quelle: Government Information Office, *Taiwan 2004 Presidential Election and Aftermath Reports and Commentaries*, 26.3.2004, www.gio.gov.tw/taiwan-website/4-0a/20040326/2004032604.html.

Die letzten Umfragen zum voraussichtlichen Abstimmungsverhalten erfolgten, wie die Tabelle zeigt, in der ersten Märzwoche. Ab dem 10. März durften Wahlprog-

²¹Vgl. C.a., 2003/10, Ü 37, 2003/11, Ü 28.

²²Vgl. C.a., 2004/1, Ü 34.

²³Vgl. C.a., 2004/2, Ü 36.

²⁴Vgl. C.a., 2003/12, Ü 35.

²⁵TT, 17.3.2004.

²⁶TT, 14.3.2004; ST, 15.3.2004.

²⁷ST, 15.3.2004.

²⁸Vgl. C.a., 2004/2, Ü 37.

nosen gemäß einer gesetzlichen Bestimmung nicht mehr veröffentlicht werden, daher lässt sich nicht erfassen, wie sich die Massenaktionen der Oppositionskandidaten vom 13. März auswirkten. Interessant ist, dass jeweils drei der sechs letzten Umfragen das Chen-Lü-Team und drei die Herausforderer vorn sahen, wobei allerdings für die Letzteren ein größerer Vorsprung prognostiziert wurde als für die Amtsinhaber. Gleichzeitig fällt allerdings auf, welche große Fehlermarge solche Umfragen aufweisen können: Ergebnisse vom selben Tag differierten um bis zu 5,9 Prozentpunkte. Auch der rechnerische Mittelwert der Prognosen sagt daher nicht viel aus.

Dennoch lohnt eine genauere Betrachtung. Dazu sollen die Stimmen derer, die sich in den Umfragen nicht entscheiden konnten, als Nichtwähler (oder zum kleinen Teil als „Ungültig-Wähler“) angesehen und entsprechend herausgerechnet werden. Auf diese Weise ergeben sich aus denselben Umfragen folgende Werte (Angaben in Prozent):

		Chen	Lien
1.3.		51,1	48,9
4.3.	(a)	46,9	53,1
4.3.	(b)	50,6	49,4
7.3.	(a)	48,1	51,9
7.3.	(b)	51,1	48,9
8.3.		47,4	52,6

Das Endergebnis von 50,11 gegen 49,89 liegt also innerhalb des Bereichs der Stimmanteile, die die Umfragen zwei Wochen vorher als mögliches Wahlergebnis haben erkennen lassen. Drei der sechs Umfragen – 1.3., 4.3. (b), 7.3. (b) – verfehlten das Endresultat zudem um weniger als einen Prozentpunkt, eine vierte – 7.3. (a) – um nur 2,01 Prozentpunkte, wenn auch mit dem falschen Sieger. Somit ergibt sich eine Gruppe von vier Umfrageergebnissen, die sowohl eng beieinander liegen als auch dem Wahlergebnis sehr nahe kamen. Nur zwei Prognosen lagen deutlich daneben – und zwar nicht nur in Bezug auf das Endresultat, sondern auch in Bezug auf die anderen Umfragen.

Dieser Befund lässt sich in zweierlei Weise deuten: Entweder waren die Großveranstaltungen vom 13. März nicht in der Lage, der Opposition einen zusätzlichen Schub zu verleihen, oder, falls doch, so ging dieser Schub bis zur Wahl möglicherweise wieder verloren oder wurde durch den Mitleidseffekt des Attentats kompensiert. Die Opposition behauptete zwar nach der Wahl, in Umfragen vor dem Attentat um mehrere Prozentpunkte vorn gelegen zu haben, da diese Umfragen unpubliziert blieben lässt sich diese Aussage jedoch nicht verifizieren.

Ungewiss ist zudem, wie die teils äußerst geschmacklosen Attacken auf die Öffentlichkeit wirkten, zu denen sich die KMT hinreißen ließen. So ließ deren Wahlkampfbüro in Taichung zehn Tage vor der Wahl 600.000 Plakate drucken, auf denen Osama bin Laden verkündet: „Ich bin der Terroristenführer bin Laden, und ich bewundere Taiwans Ah-bian!“ Außerdem wird der Präsident auf dem Plakat mit Saddam Hussein verglichen.²⁹ Ebenso bar jedes demokratischen Anstands und jeder Vernunft war eine

fünfsichtige Zeitungsanzeige, in der die KMT dazu aufrief, am Wahltag Chen Shui-bians „Diktatur“ zu beenden. Um zu unterstreichen, unter was für einer Gewaltherrschaft Taiwan leidet, war die Anzeige mit einem Hitlerporträt geschmückt. Nachdem die jüdische Gemeinde protestiert hatte, zog die KMT die Annonce mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, mochte sich aber nicht dazu entschließen, dieses Bedauern auch gegenüber dem Präsidenten zu äußern.

Es erscheint nicht sehr wahrscheinlich, dass diese verleumderischen Wahlkampfezesse irgendwen vom angeblich schändlichen Charakter des „Diktators“ Chen – der nicht einmal über eine Mehrheit im Parlament verfügt – überzeugt haben; womöglich führten sie bei vielen eher zu einer Abwendung von der Lien-Soong-Allianz. Einen Effekt allerdings hatte dieser Feldzug gewiss: Menschen, die Chen sowieso ablehnten, gegen ihn aufzuhetzen und ihn zu dämonisieren. So kündigt sich hier bereits die spätere Verliererhysterie an, aus der heraus Chen ebenfalls, wie oben erwähnt, als gewaltsam zu stürzender Diktator geschmäht wurde. Vor diesem Hintergrund erscheint das Attentat wenige Tage später in bestürzender Weise folgerichtig.

Unabhängig davon bleibt festzuhalten, dass die Zustimmungswerte zu beiden Kontrahenten während der letzten Monate (etwa seit November) nahezu konstant blieben und nur gelegentliche Schwankungen in Höhe von wenigen Prozentpunkten vorkamen.

c) Regionale Aspekte

Von Anfang an war zu erwarten: Im Norden und Osten siegen die „Blauen“, im Süden die „Grünen“, denn dort sind ihre jeweiligen Hochburgen. Wie aber würde Mitteltaiwan abstimmen? Dort würde sich die Wahl letztlich entscheiden, und auf diese Region konzentrierte sich daher auch ein Großteil des Wahlkampfes. Präsident Chen versuchte beispielsweise, mit einer vorgezogenen Eröffnung des neuen internationalen Flughafens in Taichung zu punkten. (S. die Übersicht in diesem Heft.)

Am Ende konnten Chen Shui-bian und Annette Lü in Mitteltaiwan ihre größten Erfolge verzeichnen, was Stimmenzuwächse angeht. Während beide in den „grünen“ Stammländern des Südens gegenüber der Wahl vom März 2000 noch einmal um 10 bis unter 12 Prozentpunkte zulegen konnten und ein solches Plus von einem niedrigeren Basiswert aus auch im nordtaiwanischen Hsinchu (Xinzhu) und im osttaiwanischen Taitung (Taidong) zuwege brachten, schafften sie in den mitteltaiwanischen Kreisen Taichung (Taizhong) und Nantou rund 15 Prozentpunkte. Demgegenüber blieben die Zuwächse in Taipei-Stadt mit knapp 6 und im Kreis Taipei mit knapp 8 Prozentpunkten deutlich unter dem Durchschnitt. Dabei sind die Zahlen für Mitteltaiwan umso signifikanter, wenn man beachtet, dass der Stimmanteil von Chen und Lü im Jahr 2000 sowohl in Taipei-Stadt als auch im Kreis Taichung bei 37 bis 38% gelegen hatte. Der Zuwachs auf fast 52% im Falle Taichungs (gegenüber 43% in Taipei-Stadt) macht nur noch deutlicher, welche ein Erdbeben zugunsten der „Grünen“ in Mitteltaiwan zu verzeichnen war; am stärksten übrigens im Kreis Nantou, wo sich die Stimmen für Chen fast um die Hälfte vermehrten. Auch die Stimmengewinne

²⁹TT, 25.3.2004.

in Hsinchu und Taitung erreichten prozentual (also *nicht* nach *Prozentpunkten*) ein ähnliches Ausmaß von annähernd 50%. Da der prozentuale Stimmenzuwachs andernorts nur in der Größenordnung von unter 20% lag, ist klar, welchen dominierenden Einfluss regionale Faktoren auf das Abstimmungsverhalten hatten.³⁰

Die Vorwürfe der Verlierer

a) Der Vorwurf der Wahlfälschung und die hohe Zahl ungültiger Stimmen

Ein Vorwurf der Opposition nach der Wahl lautete, Chen habe womöglich durch Wahlmanipulation gesiegt. Als Beleg dafür wurde die ungewöhnliche Zahl der ungültigen Stimmen angeführt, die dieses Mal um ein Mehrfaches höher lag als früher.

Nur hatte dies mit Wahlmanipulation nichts zu tun. Wären Stimmen für die Herausforderer in großem Stil manipulativ als ungültig gewertet worden, müsste dies, wie die Verlierer unterstellten, in jenen Städten und Kreisen geschehen sein, in denen die DPP an der Macht und damit für die Durchführung der Wahl auf lokaler Ebene verantwortlich ist. Dies würde sich demnach durch einen deutlich höheren Anteil ungültiger Stimmen als in den KMT- oder PFP-regierten Städten und Kreisen verraten. Der Regierung fiel es nicht schwer, dies zu widerlegen: Eine von der Wahlkommission vorgelegte Übersicht über den Anteil ungültiger Stimmen in allen Gebietskörperschaften ergab ein völlig gemischtes, ja teilweise geradezu konträres Bild. Beispielsweise war der Anteil ungültiger Stimmen ausgerechnet in zwei KMT-regierten Kreisen mit 3,99 bzw. 3,66% am höchsten, im DPP-regierten Kaohsiung dagegen mit 1,64% am niedrigsten. Sämtliche Städte – Hsinchu, Keelung (Jilong), Taipei, Chiayi (Jiayi), Tainan, Taichung und eben Kaohsiung lagen am Ende der Tabelle – ein Indiz dafür, dass das höhere städtische Bildungsniveau der entscheidende Faktor bei der Fähigkeit war, einen gültigen Wahlschein abzuliefern.³¹

Zudem war allgemein bekannt, woher die hohe Zahl der ungültigen Stimmen in Wahrheit rührte: Verantwortlich war die Verschärfung einer Regel, die im Parlament erst letzten Oktober mit den Stimmen der Opposition verabschiedet worden war. Demnach durfte auf dem Stimmzettel jetzt nur noch eine dafür vorgesehene freie Fläche neben dem Namen des Kandidaten markiert werden und nicht mehr, wie zuvor zulässig, dessen Abbildung auf der anderen Seite des Namens oder die zugehörige Nummer. Viele Wähler hatten dies entweder nicht gewusst oder waren aus Gewohnheit so verfahren wie früher. Da die KMT-Anhängerschaft städtisch geprägt ist und in den Städten der Anteil falsch ausgefüllter Stimmzettel besonders niedrig war, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass der Vorsprung der Sieger ohne diese Regeländerung größer ausgefallen wäre.

Als weiterer Faktor für die hohe Zahl ungültiger Stimmen ist das Wirken der „Allianz für eine Million ungültiger Stimmen“ vermutet worden, ein Sammelbecken von Bürgern, die beide Alternativen für nicht wählbar hielten.³² Wie viele Stimmberechtigte dem Aufruf der Allianz gefolgt sind, lässt sich derzeit nicht beziffern, von Beobachtern wird deren Einfluss jedoch als gering eingestuft, und selbst wenn er groß wäre, änderte dies nichts am Wahlergebnis.³³

Die übrigen Wahlfälschungsvorwürfe lohnen sich nicht im Einzelnen zu besprechen. Auch die Opposition wusste von keinen Manipulationen in einer Größenordnung zu berichten, welche die Stimmenmehrheit der Sieger auch nur entfernt hätten in Frage stellen können. Selbst in kleinem Stil ist Wahlfälschung in Taiwan praktisch unmöglich, denn die Auszählung erfolgt öffentlich und dabei sind stets Vertreter konkurrierender Parteien zugegen.

b) Der Vorwurf, 200.000 Armeeeingehörige hätten nicht wählen gehen dürfen

Die Verlierer sahen es so: Wegen des Attentats sei die Armee in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt worden, dadurch seien 200.000 Armeeeingehörige daran gehindert worden zu wählen, und bekanntermaßen lägen deren politische Sympathien bei der KMT. Insinuiert wurde zudem, dass die erhöhte Alarmbereitschaft absichtlich herbeigeführt wurde, nämlich indem man sich den Vorwand in Gestalt eines fingierten Attentats selbst geliefert habe.

Der Vorwurf löste sich in nichts auf, nachdem sich der Stellvertretende Verteidigungsminister Lin Chong-pin (Lin Zhongbin) dazu geäußert hatte. Demnach führte die erhöhte Alarmbereitschaft nämlich gar nicht dazu, dass 200.000 Mann in den Kasernen bleiben mussten. An der Wahrnehmung ihres Wahlrechts gehindert gewesen seien lediglich 13.000 Soldaten, und das auch nicht wegen des Attentats, sondern routinemäßig: Wegen der erhöhten Bedrohung durch China werde bei Wahlen stets so verfahren.³⁴

c) Weitere Vorwürfe

Im Zuge der hitzigen Reaktionen auf die Niederlage wurden so viele Anschuldigungen und Verdächtigungen vorgebracht, dass es nicht möglich ist, auf sie alle einzugehen. Sämtliche sind zudem schon auf den ersten Blick haltlos, beispielsweise die angebliche Stimmungsmache, die die DPP durch ihre „publizistischen Mittel“ und „illegalen Radiosender“ betrieben haben soll. Es gibt in Taiwans Geschichte nur eine Partei, die die Medien beherrschte, und das war die KMT. Zu den Verdiensten der Regierungszeit Chen Shui-bians zählt demgegenüber eine Gesetzgebung, die für eine konsequente Entflechtung von Medien und Politik gesorgt hat.³⁵ Dass die Regierungspartei keine Schwarzsender unterhält, versteht sich von selbst, und eventuelle Verleumdungen, die Schwarzsender von DPP-Anhängern ausstrahlten, dürften kaum einen nennenswerten Hörerkreis erreicht haben.

³⁰Regionale Resultate nach www.asiamedia.ucla.edu/taiwan/chart-map.pdf; Vergleichswerte für 2000 s. TT, 21.3.2004 und C.a., 2000/3, S.280.

³¹Nach Government Information Office, Taiwan 2004 Presidential Election and Aftermath Reports and Commentaries, 26.3.2004, www.gio.gov.tw/taiwan-website/4-0a/20040326/2004032604.html.

³²HB, 15.3.2004, S.2.

³³ST, 23.3.2004.

³⁴TT, 23.3.2004.

³⁵Vgl. C.a., 2003/2, Ü 38.

Als unfair wertete die Opposition auch, dass die Referenden zeitgleich mit der Wahl abgehalten wurden. Das Argument scheint allerdings mit wachsendem Abstand vom Wahltag langsam beerdigt worden zu sein. Immerhin war der Präsident mit dieser Herzensangelegenheit gescheitert. Die Abstimmung hat seiner Wiederwahl, so darf man vermuten, eher geschadet als genützt.

Ein letzter Punkt: Unfair sei auch gewesen, so die vielfach wiederholte Anschuldigung, dass die Regierung – das heißt: der Präsident oder die Wahlkommission – die Wahl nach dem Attentat nicht verschoben habe. Auf diese Weise hätten die Sympathiestimmen für die Opfer das Wahlergebnis verfälscht. Tatsache ist, dass weder Lien Chan noch James Soong nach dem Attentat eine Verschiebung forderten. Es gibt auch keine Gesetz, dass die Regierung dazu ermächtigt hätte.

Das Attentat und der Mitleidseffekt

Sympathiestimmen für die Attentatsopfer wurden von der Opposition als in hohem Maße mitverantwortlich für die 29.518 Stimmen angesehen, die Chen Shui-bian zum Sieg verhalfen. In Lien Chans Worten bei seiner ersten Ansprache am Wahlabend: „Die Auswirkung des Vorfalls [des Attentats – HWS] auf die Wahl ist offensichtlich. Es bedarf keiner Erwähnung, dass die Auswirkung direkt und weit reichend ist.“³⁶ Viele Stimmen im „blauen“ Lager, vor allem unter den Demonstranten, die eine Woche lang den Ketagalan-Boulevard vorm Präsidentenpalast in Taipei blockierten, teilten Liens Auffassung und unterstellten, dass Chen ohne das Attentat auf jeden Fall verloren hätte.

Besonders verlockend war für sie die These, die Schüsse seien fingiert, der Mordversuch mit Wissen des Präsidenten geplant gewesen, um über den Mitleidseffekt die praktisch verlorene Wahl doch noch zu gewinnen. Hätte also Lien gesiegt, wenn das Attentat nicht gewesen wäre?

Es gibt keine Möglichkeit, diese Frage sicher zu beantworten. Nach der obigen Analyse des Stimmverhaltens lassen sich aber mehrere Faktoren benennen, die jeder für sich ebenso wie alle zusammen zu der Annahme führen, dass der Mitleidseffekt nur gering gewesen sein kann:

1. Das Wahlergebnis lag im langfristigen, demografisch gestützten Trend pro DPP und Taiwanbewusstsein.
2. Das Wahlergebnis lag im Schwerpunkt der letzten veröffentlichten Prognosen.
3. Präsident Chen machte, wenn auch mit Abstrichen, den besseren Wahlkampf.
4. Der Stimmzuwachs fiel regional sehr unterschiedlich aus. Der Mitleidseffekt hätte dagegen landesweit etwa gleich stark gewirkt.

Außerdem gibt das Geschehen vom Attentat bis zur Öffnung der Wahllokale Anlass zur Vermutung, dass sich ein zunächst etwa bestehender Mitleidseffekt am Wahltag selbst bereits erheblich abgeschwächt und teilweise womöglich gar ins Gegenteil verkehrt hatte. Dies folgt aus einer genaueren Betrachtung der Geschehnisse.

19. März

Gegen 13.45 Uhr wurden zwei Schüsse auf den Präsidenten abgegeben, als er, mit Vizepräsidenten Lü an seiner Seite und begleitet von Sicherheitskräften auf Motorrädern, in einem offenen Jeep stehend durch Tainan fuhr und den Massen zuwinkte. Tainan ist eine DPP-Hochburg, und es herrschte Festtagsstimmung. Das Volk jubelte, Feuerwerkskörper krachten. Die Schüsse gingen in dem Lärm unter. Eine Kugel drang durch die rechte Seite der Windschutzscheibe und streifte den Präsidenten am Bauch. Eine andere (oder dieselbe?) Kugel verletzte Lü am Knie. Während Lü einen plötzlichen Schmerz spürte, bemerkte Chen seine Verletzung nach eigenen Worten erst, als das austretende Blut seine Kleidung feucht machte. Ein Foto zeigt beide Kandidaten, wie sie noch den Massen zuwinken, nachdem bereits geschossen wurde, kenntlich an dem Loch in der Windschutzscheibe.³⁷ Chen erklärte später, er habe den Schuss gehört, aber nicht wahrgenommen, dass er ihm galt.

Ein Medizinerenteam, das zum Gefolge des Präsidenten gehört, lässt die Verletzten in das Qimei-Krankenhaus bringen. Dort wird am Bauch des Präsidenten eine 11 cm lange, 2 cm breite und 2 cm tiefe Streifschusswunde gefunden, die nach ihrer Desinfizierung genäht wird. Innere Organe sind nicht verletzt. Bei Vizepräsidentin Lü findet sich eine 2 cm große Wunde an der Kniescheibe.

14.15 Uhr: Erste Meldungen kursieren, dass der Präsident verletzt ist, werden aber zunächst weder von der Regierung noch von der DPP bestätigt. Manche Berichte vermuten, dass ein Feuerwerkskörper den Wagen getroffen haben könnte.

Etwa um die gleiche Zeit beruft die Regierung im Taipeier Präsidentenpalast ein nationales Sicherheitstreffen ein. Die Streitkräfte werden in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

13.30 Uhr: Chiou I-jen (Qiu Yiren), Generalsekretär des Präsidenten, gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, was geschehen ist, und erklärt, die Verletzungen seien nicht schwer, es bestehe keine Lebensgefahr, die Angeschossenen seien bei Bewusstsein und in der Wahrnehmung ihrer Amtspflichten nicht behindert. Nachdem nun klar ist, dass es sich um einen Mordversuch handelte, sagen alle Parteien weitere Wahlkampfkaktionen ab.

19.10 Uhr: Chen und Lü werden aus dem Krankenhaus entlassen; sie fliegen anschließend nach Taipei zurück.

21.20 Uhr: Lien Chan sucht Chen in dessen Wohnhaus auf, um sein Mitgefühl auszudrücken.

Etwa um die gleiche Zeit erklärt die unabhängige, aber der KMT nahe stehende Parlamentarierin Sisy Chen in ihrer Funktion als Talkshowmoderatorin im Fernsehen, Beamte des Nationalen Sicherheitsbüros hätten das Hospital am Morgen aufgesucht. Dort seien die Ärzte offenbar vorab informiert gewesen, dass der Präsident am Nachmittag eingeliefert würde. Sisy Chen führt eine Reihe weiterer angeblicher Auffälligkeiten an und kommt zu dem Schluss, das Attentat habe gar nicht stattgefunden, die Krankenakten seien gefälscht und die Verletzungen nur inszeniert worden, um Chen Shui-bians Wahlchancen zu erhöhen.

23 Uhr: Das Fernsehen überträgt eine zuvor aufgezeichnete Ansprache des Präsidenten und der Vizepräsi-

³⁶Textmitschnitt von China Television Company, Taipei, nach BBC PF, 20.3.2004.

³⁷TT, 20.3.2004.

dentin. Chen erklärt, die nationale Sicherheit sei nicht in Gefahr, und: „mit Ah-bian ist alles in Ordnung“.

20. März

Am frühen Morgen, noch vor der Öffnung der Wahllokale, beginnt die Presse über die Zweifel an der Faktizität des Attentats und die angeblichen Ungereimtheiten zu berichten.

Ab 8 Uhr bis nachmittags um 16 Uhr wird dann gewählt. Eine nicht repräsentative Befragung von Wählern durch Journalisten bezüglich des Attentats und ihres Wahlverhaltens ergibt keine Hinweise darauf, dass das Abstimmungsverhalten sich durch das Attentat verändert haben könnte.³⁸

Aus dem Dargelegten ergibt sich, dass der Schock über das Attentat noch am Abend nach dem Attentat abflaute, nachdem Chen selbst (wie auch Lü) sich im Fernsehen sozusagen zurückgemeldet und betont hatten, dass man sich um sie keine Sorgen machen müsse. Da es aber keine Bilder von dem Attentat gibt – insbesondere keine Fernsehbilder –, gelang es den Anti-Chen-Kräften, mittels ihrer Verschwörungsthese um dieselbe Zeit die Glaubwürdigkeit der Betroffenen in Zweifel zu ziehen. Ein solches Gerücht muss sich aber, so weit es geglaubt wurde, gegen Chen und für Lien ausgewirkt und damit einen eventuellen Mitleidseffekt mindestens teilweise wieder kompensiert haben. Denkbar ist allerdings, dass diese unwürdige Art des Umgangs mit den Attentatsopfern diesen mehr zusätzliche Stimmen einbrachte als das Attentat selbst. Dies wäre dann allerdings gewiss nicht den Attentatsopfern anzulasten.

Der (oder die) Täter konnten bislang nicht gefasst werden, und es gibt nur vage Hinweise auf möglicherweise Verdächtige. Auch bei den DPP-Anhängern schossen die Spekulationen ins Kraut; so wurde (wie oben zitiert) behauptet, hinter dem Attentat müsse die KMT stecken – eine ebenso frei erfundene These wie die gegenteiligen Verschwörungstheorien. Den Letzteren entzog Chen Shui-bian nach einigen Tagen mit einer einzigen Äußerung den Boden, als er sagte: „Ich bin bereit, den besten Scharfschützen der Welt für einen Test zu bezahlen. Wenn KMT-Vorsitzender Lien und PFP-Vorsitzender Soong auf einem [fahrenden] Jeep stehend sich von dem Schützen die gleichen Wunden zufügen lassen wie ich und Annette Lü sie letzten Freitag davontrugen, trete ich als Präsident zurück.“³⁹

Nach aller Erfahrung mit solchen Attentaten dürfte es sich bei dem Schützen mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen geistig verwirrten Einzeltäter gehandelt haben. Dass die von der KMT vorgenommene Gleichsetzung des Präsidenten mit Hitler und seine Assoziierung mit dem Terroristenchef bin Laden eine Rolle dabei gespielt haben könnte, den Hass zu schüren, der hinter dieser Tat aufscheint, ist einstweilen nicht auszuschließen.

Demokratie im Krebsgang?

Die Ereignisse rund um die Wahl brachten es an den Tag: Der nötige Grundkonsens der Demokraten ist unter den politischen Akteuren in Taiwan noch ganz unzureichend entwickelt. Man führt die Demokratie auf den Lippen, aber das Verhalten ist nicht danach. Im Gegenteil: Alle haben der Demokratie im März einen Bärendienst erwiesen, allen voran die KMT mit ihrem unaufrichtigen, larmoyanten Spitzenkandidaten, der, hoch gefährlich, kopflosen Populismus betreibt und sich gemeinsam mit seinem Mitkandidaten Soong vor allem als eins erwiesen hat: als schlechter Verlierer, als sehr schlechter sogar, denn beide haben ihre Niederlage nicht nur nicht eingestehen, sondern gleich ins Gegenteil verdrehen wollen – daher der sinnlose Antrag auf Annullierung des Wahlergebnisses, daher der Druck von der Straße, der nur am Anfang spontan, nachher aber zentral organisiert war. Einen demokratisch gewählten Präsidenten, der nicht einmal die Macht hat, seine Politik im Parlament durchzusetzen, öffentlich als Diktator und Terroristenfreund hinzustellen, ist nicht nur geschmacklos, es ist für eine junge Demokratie wie die taiwanische eine Todsünde, die den Brandstiftern einen weit üppigeren Stimmenrückstand als bloß 30.000 hätte eintragen und dazu das sofortige Ende ihrer politischen Karriere hätte bewirken müssen.

Aber auch der Präsident hat sich an Taiwans Demokratie vergangen. Seine aus Wahlkampfalkül genährte Referendumspolitik war ein großer Fehler. Indem er dem Volk Fragen vorlegte, die erstens überflüssig und zweitens sowieso bloß mit Ja zu beantworten waren, machte er das Instrument der Volksabstimmung zur Farce; dass die Opposition dagegen zum Boykott aufrief, war nur folgerichtig. Anständigerweise hätte sie dagegen allerdings vor Gericht ziehen müssen. Dass sie dies unterließ, war ebenfalls einem Wahlkampfalkül geschuldet. Es erscheint kaum denkbar, dass die höchsten Richter Chens eigenwillige Interpretation der entsprechenden Referendumsgesetzbestimmung hätten durchgehen lassen.⁴⁰ Seinen Fehler allerdings mag der Präsident auch jetzt noch nicht erkennen, da das so genannte Referendum gescheitert ist, im Gegenteil versucht er noch, es zu einem Erfolg hochzuloben. Chen ist Rechtsanwalt und ein wahrhaft aufrechter Menschenrechtler, er ist zudem überzeugter Taiwaner und ein Mensch, den die meisten sympathisch finden. Aber ist er auch ein guter Politiker? Nicht erst seit dem Referendumsdebakel sind daran Zweifel erlaubt. Bislang hat er nicht einmal zu erkennen gegeben, dass ihm bewusst wäre, welches chinapolitische Fiasko er angerichtet hat. Nachdem er das Mandat für nötige Rüstungsprogramme und Verhandlungen mit China unnötigerweise vom Volk direkt übertragen bekommen wollte, das Volk sich diesem Ansinnen aber verweigerte, steht er nun ohne da, und obendrein hat er noch die USA verprellt. Die entstandenen Glaubwürdigkeitslücken wieder zu schließen, wird dauern, wenn es ihm überhaupt je gelingt.

Wie sich in der Referendumsache erwies, setzte (und setzt) Chen weniger auf demokratische Entscheidungsmechanismen (die er, ganz unpraktikabel, durch Volksabstimmungen ersetzen will) als vielmehr auf einen von ihm

³⁸ST, 20.3.2004.

³⁹TT, nach TH, 29.3.2004.

⁴⁰Vgl. C.a., 2004/1, Ü 32-34.

maßgeblich – und erfolgreich – geförderten Taiwan-Nationalismus – oder doch zumindest Taiwan-Patriotismus, um es etwas freundlicher auszudrücken. Inzwischen folgt ihm darin die Hälfte der Bevölkerung. Die andere Hälfte allerdings hat dagegen offenbar erhebliche Vorbehalte. Auch wenn die Unruhen nach der Wahl in erster Linie den verantwortungslos agierenden Verlierern anzulasten sind und die Rufe nach einem gewaltsamen Sturz des angeblichen Diktators keinesfalls die Mehrheitsmeinung unter den KMT- und PFP-Anhängern verkörpern, hat Präsident Chen doch allzu geflissentlich die Kluft übersehen, die Taiwan spaltet. Auch aus dieser Perspektive war das Referendum ein Fehler: Es vertiefte den Graben zwischen den politischen Lagern nur noch zusätzlich, und das, obwohl dieser Graben ohnehin schon tiefer ist als einer Demokratie zuträglich wäre. Michael Gonzalez, Redakteur der Herausgeberseite des *Wall Street Journal*, erkannte in einem bedenkenswerten Artikel vom 17. März bereits die Gefahr, das Chens „Identitätspolitik“ – will sagen: seine Förderung eines taiwanischen Nationalbewusstseins – Gefahr läuft, demokratische Freiheiten einzuschränken.⁴¹ Das mag ein bisschen übertrieben sein. Das Geschehen rund um die Wahl – die Wahlkampfexzesse, das Attentat, die Unruhen nach der Wahl – sollten Chen allerdings zu denken geben. Nicht nur Chen, sondern ganz Taiwan erhielt im März einen Streifschuss, doch während der Präsident sich davon rasch erholte, brachten verantwortungslose Politiker die Demokratie an den Rand eines Kollapses – und dort steht sie weiterhin, solange die Verlierer ihre Niederlage nicht einräumen und sich zu nüchterner Betrachtung der Tatsachen entschließen. Zu diesen Tatsachen gehört die Anerkennung, dass Taiwan eine eigene Identität noch nicht gefunden hat und die Demokratie unter einem fehlenden Konsens schwächelt.

Taiwans Demokratie zu stärken ist noch aus einem anderen Grund für das Land wichtig: In seiner Außenseiterposition hat Taiwan gegenüber China und anderen Staaten kaum Pfunde, mit denen es wuchern kann – außer eben mit seiner Demokratie. Ein Taiwan ohne starke demokratische Strukturen wird kaum Chancen haben, langfristig zu bestehen, und es wird auch nicht nach Hongkong und China ausstrahlen können. Der Ansehensverlust, den Taiwan dort, wo es drauf ankommt für die Selbstbehauptung, bereits jetzt erlitten hat, ist kaum zu überschätzen.

Zwei, drei Dinge freilich mögen Anlass geben zu vorsichtigem Optimismus. Erstens haben sich Taiwans Bürger erstaunlich klug verhalten, indem sie einerseits Chen wieder wählten und andererseits das Referendum haben scheitern lassen. Mit der Wiederwahl haben sie verhindert, dass die alten Politmafiastrukturen, von denen sich die KMT noch immer nicht befreit hat, erneut zu wuchern beginnen. Sowohl Lien Chan als auch James Soong sind letzte Repräsentanten der vordemokratischen Ära, deren ungute Strukturen teils bis heute fort dauern – ihr undemokratisches Antlitz trat im März überraschend deutlich wieder zutage. Das Votum für Chen war ein Votum für eine Fortsetzung der politischen Erneuerung, ohne die Taiwans Demokratie vollends in einen Krebsgang zurückzufallen drohte. Dem Präsidenten trotz der Wiederwahl seinen Herzenswunsch zu versagen und die un-

säglichen Referenden scheitern zu lassen zeugt dabei auf Seiten des Wahlvolks von einem bemerkenswerten Selbstbewusstsein: Man lässt nicht mit sich spielen.

Ein zweiter Grund zu vorsichtiger Zuversicht folgt aus dem ersten: Lien Chans Karriere ist wohl endgültig zu Ende, und so erhält die KMT endlich die Chance zu einer tief greifenden Erneuerung. Ausgewiesene Demokraten stehen bereit, die Nachfolge anzutreten. Sie haben sich nach der Wahl durch Besonnenheit und Fähigkeit zu unparteilichem Handeln hervor getan. Die Namen wurden oben genannt: Wang Jin-pyng und Ma Ying-jeou. James Soong wird wohl weitermachen, denn die ganze PFP hängt im Grunde an ihm, ihrem Gründervater. Aber ob diese Partei mit dem zweimal gescheiterten James Soong neben einer reformierten und unter neuer Führung politisch erstarkten KMT bestehen können? Man wird es abwarten müssen, aber die Aussichten dafür scheinen wenig günstig.

Vielleicht gibt es noch einen dritten Grund, weswegen man hoffen mag, dass Taiwans Demokratie zu einer Vorwärtsbewegung zurückfindet: Der Schock über die Ereignisse – das Attentat, die Unruhen – könnte eine heilsame Wirkung entfalten. Voraussetzung wäre, dass die Beteiligten, allen voran die vier Kandidaten, endlich ehrlich ihr Scheitern eingestehen: die einen bei der Wahl, die anderen bei der Volksabstimmung. Mit der Bereitschaft dazu ist es bei den vier allerdings bislang nicht weit her.

⁴¹ „Chen's 'Identity Politics' Limits Taiwanese Freedom“.